

ANEJ KORSIKA

SLOWENIEN VEREINT IN DER SPARPOLITIK

**SOZIALDEMOKRAT UND NEUER PRÄSIDENT PAHOR VERDANKT
SEINEN WAHLSIEG EINER SCHWARZ-ROTEN POLITEHE**

Anfang Dezember 2012 wurde der vierte slowenische Präsident seit dem Auseinanderbrechen von Jugoslawien und den ersten Präsidentschaftswahlen im Jahre 1992 gewählt. Der neue Staatspräsident wird Borut Pahor, Jahrgang 1963, sein. Er schaffte es in der Stichwahl, den amtierenden 60-jährigen Präsidenten Danilo Türk abzulösen. Im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen 2002 und 2007, bei denen die Wahlbeteiligung 72,1 Prozent und 58,5 Prozent betrug, erreichte sie dieses Mal mit knapp unter 42 Prozent einen historischen Tiefstand.

Pahor, der eigentlich als Kandidat des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei gilt, hat es am Ende vermocht, sich auch der traditionell eher dem rechten Lager zuzuordnenden Wählerschaft als ein annehmbarer Kandidat zu präsentieren. In der letzten Wahlkampfwoche sicherte er sich die Unterstützung sowohl des rechtsgerichteten amtierenden Premierministers Janez Janša – des früheren Vorsitzenden der Slowenischen Nationalpartei – als auch die der Organisation, die die Nazikollaborateure des Zweiten Weltkrieges vertritt. Dieser politische Trend ist beispiellos, und etwas Ähnliches hat es in den 20 Jahren seit der Unabhängigkeit Sloweniens noch nicht gegeben. Tatsächlich handelt es sich um einen echten Bruch und den Beginn einer schwarz-roten Politehe zwischen Premierminister und Staatspräsident der Republik. Beide haben immer und immer wieder betont, dass die Sparmaßnahmen von allerhöchster politischer Bedeutung seien und dass es mit ihnen keine anderen Strategien zur Bewältigung der Krise geben werde. In der letzten Woche der zweiten Runde des Präsidentschaftswahlkampfes kam es auch zu dramatischen und explosiven Protesten, wie es sie weder zu Zeiten Jugoslawiens noch seit der Unabhängigkeit Sloweniens je gegeben hat. So versammelten sich Ende November etwa 10.000 Demonstranten in Maribor, der zweitgrößten Stadt Sloweniens, um den Rücktritt des Bürgermeisters der Stadt, Franc Kangler, zu fordern, worauf die slowenische Polizei erstmalig Tränengas gegen DemonstrantInnen einsetzte. Nur wenige Tage später fanden Proteste in Ljubljana, der slowenischen Hauptstadt, statt. Dabei wurden zum ersten Mal Wasserwerfer eingesetzt. Dennoch wurden für den 21. Dezember bereits neue Demonstrationen unter der Überschrift «Slowenien steht auf» angekündigt. Um die Ereignisse in einen Zusammenhang stellen; die Reaktionen der Regierungspolitiker analysieren sowie einige der Gründe, die zu dieser Wut geführt haben, aufzeigen zu können, werfen wir zunächst einen Blick auf die sozioökonomische Lage Sloweniens. Anschließend gehen wir zu den Präsidentschaftskandidaten und dem eigentlichen Wahlkampf über.

Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage in Slowenien

Während der gesamten Phase ihres Beitritts zu EU und NATO wurde die Republik Slowenien gemeinhin als Erfolgsgeschichte, ja als lehrbuchmäßiges Beispiel unter den osteuropäischen Staaten bezeichnet. Heute dagegen wird vielfach darüber spekuliert, ob das Land ebenfalls Antrag auf Hilfen aus dem «Rettungsschirm» von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond – der berüchtigten Troika – wird beantragen müssen. Die amtierende Regierung droht regelmäßig mit dem sogenannten «Griechenland-Szenario», falls die strikten Sparmaßnahmen nicht umgesetzt werden. In den letzten Monaten gab es häufig Besuche von hochrangigen Vertretern aller drei Teile der Troika, die in dasselbe Horn stießen. Die Begründung für diese Maßnahmen ist in der Regel, dass die slowenische Bevölkerung über ihre Verhältnisse gelebt habe, dass sie mehr konsumiere als erzeuge und dass sie nun wieder nüchtern werden und Opfer bringen müsse.

Wie pervers dieses Mantra reicher Regierungspolitiker ist, wird schon bei der Betrachtung weniger konkreter Daten offensichtlich. Nach den letzten offiziellen Zahlen leben 273.000 SlowenInnen in Armut und weitere 113.000 mit der Gefahr der sozialen Ausgrenzung. Das sind zusammen 19,3 Prozent oder fast ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Diese Menschen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, und sie kämpfen in der Regel schon seit langer Zeit, um über die Runden zu kommen. Die Krise hat ihre Situation

nur noch verschärft. Diesen Menschen Predigten darüber zu halten, dass sie weitere Opfer bringen müssen, ist blanker Zynismus. Ein weiterer Teil der Bevölkerung, für den die Aussichten schlecht stehen, ist die Jugend. Deren große Mehrheit arbeitet unter äußerst prekären Verhältnissen ohne jede soziale Absicherung und ohne Hoffnung auf eine stabile und sichere Position. Viele UniversitätsabsolventInnen sind von der Unterstützung ihrer Familien abhängig, um über den Monat zu kommen, und viele junge Leute um die 30 sind gezwungen, mit ihren Eltern zusammenzuleben, weil sie sich die Mieten schlicht nicht leisten können.

Es muss freilich darauf hingewiesen werden, dass die große Mehrzahl der Probleme, vor denen die slowenische Wirtschaft gegenwärtig steht, ihren Ursprung in der Zeit von 2004 bis 2008 hat, das heißt während der ersten Amtsperiode der von Janez Janša geführten Regierung. Zwischen 2004 und 2006 betrug das jährliche Wirtschaftswachstum im Mittel fünf Prozent. Im Jahr 2007 erreichte es sogar fast sieben Prozent. Der größte Teil dieses Wachstums wurde jedoch durch die übermäßige Kreditaufnahme einiger Unternehmen generiert, wobei große Teile dieser Kreditmittel für Übernahmen verwendet wurden, was die betreffenden Unternehmen am Ende nur aussaugte und ihre Kernaktivitäten unterminierte. Die damalige Regierung tat nichts, um diesem Kreditausich Einhalt zu gebieten, sondern ermunterte im Gegenteil noch dazu. Ein Großteil der so aufgelaufenen privaten Schulden wurde später als Staatsverschuldung sozialisiert. Gegenwärtig beträgt die Staatsverschuldung 47 Milliarden Euro. Sie liegt damit bei 42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und beträgt damit nur die Hälfte der in der EU üblichen Staatsverschuldung, die sich im Mittel auf 82,5 Prozent beläuft. Da es sich aber damit nun schon um auf die Gesellschaft verteilte Schulden handelt, nutzt die regierende Klasse dies oft und gern als Entschuldigung, um die öffentlichen Ausgaben zu senken und den gesamten öffentlichen Sektor zusammenzustrichen. Das macht den Kern der Kämpfe um die Sparmaßnahmen aus und erklärt, warum die soziale Lage so explosiv ist, dass sie in derart umfassenden Protesten gipfelte.

Frühere slowenische Präsidenten

In Slowenien wird der Staatspräsident direkt und für höchstens zwei Amtsperioden von jeweils fünf Jahren gewählt. Obgleich der Präsident über erhebliche, vor allem moralische Autorität verfügt und eine wichtige Person des öffentlichen Lebens und Repräsentant des Staates ist, ist seine Exekutivvollmacht sehr begrenzt. Insofern ähnelt das politische System in Slowenien dem deutschen mehr als dem französischen oder gar dem US-amerikanischen System. Seit der Auflösung Jugoslawiens fanden vier Präsidentschaftswahlen statt und gab es drei amtierende Präsidenten. Der erste slowenische Präsident, Milan Kučan, Jahrgang 1941, wurde 1992 und fünf Jahre später noch einmal gewählt. Kučan war schon zu Zeiten Jugoslawiens in der Politik aktiv in der Funktion als Parlamentspräsident der Sozialistischen Republik Slowenien (von 1978 bis 1982) und als Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Sloweniens (1986 bis 1990). Im Zusammenhang mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens am 25. Juni 1991 wurde Kučan berühmt für das Ende seiner Rede: «Heute sind Träume erlaubt, morgen ist ein neuer Tag.»

Die Beziehung zwischen Präsident und Premierminister in den 1990er Jahren war hauptsächlich durch Zusammenarbeit gekennzeichnet. Mit einer kurzen Unterbrechung durch eine sechsmonatige Rechtsregierung war in der Zeit von 1992 bis 2002 Janez Drnovšek (1958-2008) Premierminister, indem er den Koalitionsregierungen unter der Führung seiner liberaldemokratischen Partei vorstand. Er löste als zweiter slowenischer Präsident Milan Kučan ab. Auch Drnovšek war schon in Jugoslawien politisch aktiv, unter anderem als Vorsitzender des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (1989–1990). Er spielte auch eine wesentliche Rolle beim Beitritt zur Europäischen Union. Galt er anfangs noch als blasser und reservierter Technokrat, so änderte sich dies in den letzten beiden Jahren seiner Präsidentschaft radikal. Nachdem bei ihm Nierenkrebs diagnostiziert wurde, trat Drnovšek in der Öffentlichkeit plötzlich völlig anders auf. Er begann New-Age-Begriffe zu verwenden und zu betonen, dass es entscheidend sei, das menschliche Bewusstsein auf höhere Ebenen zu heben und die Welt zu verbessern. Diese dramatische Veränderung stellte eine völlige Abkehr von seiner früheren politischen Agenda dar. Drnovšek engagierte sich darüber hinaus in verschiedenen außenpolitischen Kampagnen, wurde ein früher Befürworter der Unabhängigkeit des Kosovo – dessen Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008 erfolgte, nur sechs Tage vor seinem Tod –, und er drängte die internationale Gemeinschaft dazu, entschiedener Position im Konflikt um die sudanesischen Region Darfur zu beziehen. Was die Innenpolitik anbelangt, so wurde Drnovšek zu einem scharfen Kritiker von Janez Janša während dessen erster Amtsperiode als Premierminister von 2004 bis 2008.

Der dritte Präsident Danilo Türk war ein hochrangiger Berufsdiplomat bei den Vereinten Nationen, der unter dem ehemaligen Generalsekretär Kofi Annan diente. Nach 13 Jahren bei den Vereinten Nationen kehrte er im Jahr 2005 nach Slowenien zurück und wurde Professor für internationales Recht an der

Juristischen Fakultät der Universität von Ljubljana. Im Jahr 2007 gewann er die Präsidentschaftswahlen dank der breiten Unterstützung durch das linke Lager. Damals wurde viel darüber spekuliert, ob auch Borut Pahor kandidieren würde. Die sozialdemokratische Partei überzeugte ihn aber, sich lieber auf die Parlamentswahlen zu konzentrieren. Er gewann sie im darauf folgenden Jahr und löste die rechtsgerichtete Regierung von Janša ab.

Der Wahlkampf 2012

Mit Ausnahme des bereits verstorbenen Janez Drnovšek spielen alle genannten Personen noch immer gewichtige Rollen in der slowenischen Politik. Es war ziemlich klar vorherzusehen, dass Türk, dessen Präsidentschaft von einem eher intellektuellen und diplomatischen Stil gekennzeichnet war, für eine zweite Amtszeit kandidieren würde. Ebenso wenig überraschte, dass die rechten Parteien ihren eigenen Kandidaten zu fördern versuchen würden. Das sollte Milan Zver sein, der während der ersten Amtszeit von Janez Janša Bildungsminister und stellvertretender Vorsitzender der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) war. Es gab auch noch andere Kandidaten, die es aber nicht vermochten, sich eine ausreichend breite Basis zu verschaffen, um offiziell nominiert zu werden. Dass jedoch als Dritter auch Borut Pahor kandidieren würde, überraschte viele BeobachterInnen.

Es war noch kein Jahr her, seit seine Regierung die öffentliche Unterstützung in so großem Maße verlor und so sehr mit internen Widersprüchen zu kämpfen hatte, dass Pahor als Premierminister zurücktreten und vorgezogene Neuwahlen ankündigen musste. Später verlor er auch noch die Unterstützung seiner sozialdemokratischen Partei und wurde nach einem Jahrzehnt als deren Vorsitzender abgelöst. Als so ziemlich jeder dachte, er habe abgewirtschaftet, kündigte er an, als Präsidentschaftskandidat antreten zu wollen – und schaffte es, der dritte offizielle Kandidat zu werden. Was zunächst nach einer schnellen Wiederwahl von Danilo Türk aussah, nahm eine langsame, aber entscheidende Wende. Der Kandidat des rechten Lagers, Milan Zver, führte einen eher lethargischen Wahlkampf ohne jede echte politische Energie und erweckte so den Eindruck, dass sich weder er selbst noch sein Team so recht wohl in ihrer Haut fühlten. Besonders auffällig war der Mangel an ernsthafter Unterstützung durch den Parteivorsitzenden und Premierminister Janša. Am Ende präsentierte sich Zver, nachdem er in der ersten Runde verloren hatte, in erster Linie als Flügelmann für den Wahlkampf von Pahor. Es überrascht kaum, dass Pahor, der früher selbst gemodelt hatte, seinen gesamten politischen Wahlkampf als eine einzige riesige Modenschau organisieren würde. Tatsächlich präsentierte er sich in diversen freiwilligen Ein-Tages-Jobs, was insbesondere am Anfang ein riesiges Medienecho hervorrief, weil es eine solche Art Wahlkampf bisher noch nicht gegeben hatte. Beim Versuch, sich den WählerInnen als «einfacher Mann» zu präsentieren, übernahm Pahor dutzende Jobs für jeweils einen Tag. So posierte er als Bauarbeiter, Müllfahrer, Holzfäller, Automechaniker, Fleischer, Bäcker, Messtechniker für radioaktive Stoffe, Buchhändler, Hilfskraft im Architekturbüro, Friseur, Markthändler, Gesundheitstechniker und Mitarbeiter einer Hilfsorganisation, um nur einige seiner Kurzzeitbeschäftigungen zu nennen. So kam er, wie sich seiner Internetseite entnehmen lässt, auf 281 Stunden freiwillige Arbeit. Es ist schon eher pervers, dass ein früherer Premierminister, der (erfolglos) versucht hatte, die so genannten Mini-Jobs einzuführen, durch die Arbeiter aller Generationen ins Prekariat gedrängt werden, nun einen Wahlkampf führte, in dem er sich als aufregenden Mini-Jobber darstellen ließ, der seine Beschäftigung scheinbar mühelos von einem Tag zum anderen zu wechseln imstande ist. Auf diese Weise diente sein Wahlkampf der Stärkung des liberalen Mythos von der sicheren Flexibilität, für die freilich in der Regel im Zusammenhang mit Massenentlassungen geworben wird. Borut Pahor jedoch wurde damit nicht zu einem wahrhaftigen Müllfahrer, Fleischer oder Buchhändler, sondern hat es nur geschickt verstanden, sich als eine Art Rollenbild für jeden dieser Berufe zu vermarkten, was natürlich für den echten Müllfahrer, Fleischer oder Buchhändler, der im Stillen und ohne jede Medienpräsenz 40 Jahre und länger gearbeitet hat, eine umso größere Beleidigung ist.

Der Kampf um die Präsidentschaft hatte kaum mehr als eine Formalität für den amtierenden Präsidenten Türk sein sollen, dessen erste Umfragewerte auch tatsächlich breite Unterstützung zeigten. Doch plötzlich wurde Pahor zum Favoriten. Obwohl alle Kandidaten vehement behaupteten, dass jeweils nur sie allein in der Lage seien, die Einheit der Nation in Zeiten der Krise zu wahren, hatte Pahor noch ein weiteres Ass im Ärmel. Mitten im Wahlkampf spielte er die von seinem Parteigänger Igor Lukšič erfundene Trumpfkarte aus, sich als den Vertreter der so genannten Neuen Linken zu präsentieren. Während Türk auf der anderen Seite als Vertreter der Alten Linken galt, die von den «Onkeln im Hintergrund», das heißt der vom ehemaligen Präsidenten Milan Kučan angeführten früheren kommunistischen Parteionomenklatur, unterstützt wird. Dieses «böse» Netzwerk einflussreicher alter Kader soll angeblich gegen staatliche Interessen gehandelt haben, um sich persönliche Gewinne zu erhalten. Das war natürlich bei den rechten Politikern ungemein populär, die – allen voran Janša – seit vielen Jahren behaupten, dass ein solches Netzwerk existiere. Bedenkt man dazu noch, dass Pahor das Sparprogramm seiner Regierung öffentlich

unterstützte, dann wird offensichtlich, dass wir hier dem Anfang einer schönen Freundschaft zwischen Pahor und Janša beiwohnen durften. Damit kommt es in Slowenien erstmalig mindestens im Hinblick auf die Beziehung zwischen Präsident und Premierminister zu einer schwarz-roten Koalition.

Proteste und die Notwendigkeit der sozialistischen Alternative

Nunmehr ist klar, dass sich die beiden höchsten Vertreter des slowenischen Staates in der Frage der Sparpolitik völlig einig sind. Wie Pahor wieder und wieder betonte, ist Einigkeit das, was wir in diesen Zeiten brauchen, um uns aus der Krise herauszuführen. Die Einigkeit, die er meint, ist allerdings nicht etwa eine der sozialen Solidarität, sondern eine, die die tatsächlich in der Gesellschaft vorhandenen Klassenunterschiede ignoriert. Es ist eine Einheit für den Erhalt des Kapitalismus und die Opferung dessen, was vom Wohlfahrtsstaat noch übrig ist. Es reicht schon zu sagen, dass selbst eine solch traditionell dem Kapital zugewandte Zeitung wie der *Economist* schreibt, dass die Slowenen mit der Abgabe ihrer Stimme für Borut Pahor als neuen Präsidenten auch für die Sparpolitik gestimmt haben. Insofern können wir dem Volkswirtschaftler Joachim Becker nur zustimmen, wenn er Borut Pahor als die Verkörperung des «Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht» beschreibt. Bei all dem muss man allerdings die extrem niedrige Wahlbeteiligung und die Tatsache berücksichtigen, dass fast 60 Prozent der Wahlberechtigten beschlossen haben, ihre Stimme nicht abzugeben. Dies zeigt eine riesige und wachsende Unzufriedenheit mit den etablierten Politikern und den politischen Parteien. Sichtbar wurde diese erstmals in Form der Gewerkschaftsdemonstrationen vom 17. November mit etwa 10.000 Teilnehmenden. Noch deutlicher wurde sie durch die eingangs erwähnten spontanen Proteste der letzten Wochen, an denen sogar noch mehr Menschen teilnahmen. Diese Proteste standen unter der Überschrift «Gotof je!» (Er hat abgewirtschaftet!) und richteten sich zunächst gegen den Bürgermeister von Maribor, der zweitgrößten Stadt Sloweniens. Seither haben sich daran aber weitere Unruhen entzündet, und es gab nahezu täglich Demonstrationen in einer oder mehreren slowenischen Städten. Insgesamt gingen innerhalb von zwei Wochen mehr als 70.000 Menschen auf die Straße, was schon für sich genommen eine sehr aufschlussreiche Zahl ist. Für den 21. Dezember, dem Tag des sogenannten «Gesamtslowenischen Aufstandes», lässt sich mit einiger Sicherheit erwarten, dass selbst diese Zahlen noch übertroffen werden. Wurden bisher nur berechtigte Wut und Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht, so könnten sich die Ereignisse aktuell auch in eine Richtung positiverer politischer Artikulation entwickeln. Es werden immer mehr Menschen, die der Meinung sind, dass Proteste nicht ausreichen werden, und es haben sich zahlreiche Gruppen gebildet, die jeweils versuchen, sich auf bestimmte politische Aussagen festzulegen. Diese Bemühungen sind in aller Regel durch die Betonung des direkten, horizontalen und integrativen Prozesses der Festschreibung politischer Forderungen gekennzeichnet. In den meisten Fällen gehören dazu Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Bestrafung korrupter Politiker und Einsetzung eines Gremiums, das sich aus wechselnden Vertretern einer Schicht von gerechten und moralisch einwandfreien Personen zusammensetzen sollte – einige nennen es einen Rat der Weisen, der in der Lage sein sollte, frischen Wind in die Politik zu bringen. Wesentlich weniger wird allerdings über die strukturellen Ursachen gesprochen, die zwangsläufig korrupte Politiker hervorbringen, obgleich der Kapitalismus als solcher noch immer ein Hauptgegenstand der Kritik ist, wenn auch teilweise nur aus moralischen Gründen. Insgesamt treten die Proteste nunmehr in die zweite Phase ein, die durch wesentlich mehr Ideologearbeit gekennzeichnet sein wird, d. h. durch öffentliche Interventionen, die sowohl die strukturelle Dimension und die Gründe für die Proteste hervorheben als auch kluge Forderungen formulieren müssen werden, die sich die regierende Klasse nicht zu eigen machen kann. Das ist von entscheidender Bedeutung, weil Premierminister Janša in seiner Antwort auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen bereits angekündigt hat, dass politische Reformen notwendig seien, was auf sein langfristiges politisches Ziel der Einführung des einfachen Mehrheitswahlrechts hinausläuft, an deren Ende ein Zweiparteiensystem stehen würde. Ein erster Entwurf für den Gesetzesvorschlag der Regierungspartei enthält auch die mögliche Amtsenthebung von Bürgermeistern, Abgeordneten und sogar Richtern. Der Grundgedanke dabei ist, dass sich auf diese Weise keiner dieser Amtspersonen auf ein sicheres Mandat verlassen kann. Nichtsdestotrotz ist heute mehr denn je eine radikale linke Alternative vonnöten, die in der Lage ist, die Sparmaßnahmen politisch als das darzustellen, was sie wirklich sind, nämlich eine intensiviertere Form des Klassenkampfes – also eine Art von Partei, die von den Erfahrungen mit der griechischen Syriza inspiriert wäre, in der sich verschiedene soziale Bewegungen erfolgreich zusammengeschlossen haben, um kurz darauf eine politische Partei zu schmieden. Schwer zu sagen, wie lange dieser Prozess dauern wird, es ist aber offensichtlich, dass keine der bestehenden nominell linksgerichteten Parteien in der Lage sein wird, für eine solche Politik zu sorgen. Was wir jetzt brauchen, ist Einigkeit für den Sozialismus.

ANEJ KORSIKA IST POLITISCHER AKTIVIST DER WORKERS AND PUNKS' UNIVERSITY LJUBLJANA